

Antworten von Dr. Gesine Löttsch – Die Linke

1. Vorstellung

Am 7. August 1961 wurde ich in Lichtenberg geboren. Vor dem Abitur besuchte ich acht Jahre die Coppi-Schule. In Lichtenberg habe ich mit meinem Mann zwei Kinder großgezogen. Seit über 20 Jahren wohne ich in einer schönen Plattenbauwohnung in der Frankfurter Allee.

Ich habe an der Humboldt-Universität studiert. Nach dem Abschluss als Diplomlehrerin für Deutsch und Englisch wurde ich auf dem Gebiet der Niederlandistik promoviert.

Seit 2002 wurde ich immer wieder von Ihnen direkt in den Bundestag gewählt. Als Vorsitzende des Haushaltsausschusses habe ich mich dafür eingesetzt, dass Ihr Geld nicht für sinnlose Rüstungsprojekte verschwendet wird. Ich habe mich dafür stark gemacht, dass die Ostrenten an die Westrenten angeglichen werden, der Mindestlohn beschlossen wurde und mehr Geld in Kindergärten, Schulen und Hochschulen fließt. Leider ist es noch nicht gelungen, ein gerechtes Steuersystem durchzusetzen. Reichtum muss endlich gerecht besteuert werden, um Armut zu bekämpfen.

2. Rente/ Soziales

Damit jede und jeder im Alter in Würde leben kann, will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto einführen. Armutsfeste Renten setzen höhere Löhne voraus. Darum sind wir für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro/ Stunde.

Eine umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist finanzierbar, sie sichert den Lebensstandard und schützt vor Altersarmut und das spätestens ab 65 Jahre. Österreich macht es vor.

3. Arbeitsmarkt

Arbeit muss sicher, tariflich bezahlt und mitbestimmt sein. Zeitverträge und Mehrfachbefristungen stellen keine Lebensperspektive dar. Wie die Erfahrungen zeigen, werden sie von Unternehmen ausgenutzt, um Spitzen abzufangen, um die Menschen danach wieder auf die Straße zu setzen. Wir fordern eine ersatzlose Streichung sachgrundloser Befristungen.

4. Steuern

Niedrige und mittlere Einkommen wollen wir entlasten. Ab 70.000 Euro zu versteuerndes Einkommen pro Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent. Alle zu versteuernden Einkommen unter 12.600 Euro bleiben steuerfrei. Das bedeutet, dass Beschäftigte bis zu einem Bruttolohn von etwa 1.400 Euro/ mtl. Keine Lohnsteuer zahlen müssen. Alle, die weniger als 7.100 Euro brutto verdienen, zahlen weniger Steuern. Davon profitieren bestimmt auch Karlshorster Bürgerinnen und Bürger.

5. Wirtschaft

Karlshorst hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Die Treskowallee als Geschäftsstraße hat ihr Potential aber noch nicht ausgeschöpft. Von Fahrradwegen auf der Treskowallee und einer insgesamt verkehrlichen Entlastung der Treskowallee (siehe 6) könnten auch die Geschäfte profitieren.

6. Bauen/ Umwelt/ Verkehr

Die Karlshorsterinnen und Karlshorster leider unter der viel befahrenen Treskowallee. Ein Anfang wäre, den Schwerlastverkehr auf der Treskowallee zu verbieten. Außerdem setze ich mich für Fahrradwege auf der Treskowallee ein. Die LINKE setzt sich für den Erhalt des Regionalbahnhofes in Karlshorst ein. Dafür muss der Bahnsteig umfassend saniert und vor allem barrierefrei gemacht werden. Wir unterstützen Wohnungsbau. Dabei darf das Gleichgewicht zwischen neuen Wohnungen und dem Erhalt von Grünflächen nicht verloren gehen.

7. Bildung/Jugend/Kultur/Generationengerechtigkeit

3,5 Mrd. Euro für Schulen haben wir im Haushaltsausschuss beschlossen. Das klingt auch viel, ist es aber nicht bei 11 Millionen Schülerinnen und Schülern in unserem Land. Da kommen auf einen Schüler 318 Euro im Jahr. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Der bundesweite Schulsanierungsstau liegt bei 34 Mrd. Euro (Studie der KfW), im Vgl. dazu der Verteidigungsetat: der wird sich ausgehend von 2004 auf 2021 verdoppeln auf 42,3 Mrd. Euro. Wir wollen das sogenannte Kooperationsverbot zwischen den Bund und den Kommunen komplett aufheben, um direkte Investitionen in den Ausbau Schulinfrastruktur zu ermöglichen.

Der Bezirkshaushalt sieht Mittel in Höhe von 375.000 Euro für die Anschaffung von Smartboards vor. Wir müssen mit der Zeit gehen.

DIE LINKE in Lichtenberg setzt sich für eine Nachnutzung des Theater Karlshorst ein und ist in Gesprächen mit allen beteiligten Akteuren. Karlshorst braucht vor allem auch Angebote im Jugend- und Seniorenalter, wofür wir uns stark machen.

8. Innere Sicherheit

Lichtenberg verzeichnete eine Zunahme von Wohnungseinbrüchen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich vor Kriminalität zu schützen. DIE LINKE hat deshalb zu Veranstaltungen gemeinsam mit der Polizei in Lichtenberg eingeladen. Doch die Angst vor Verbrechen und Gewalt bleibt. Bundesweit gibt es einen Wettlauf von CDU und SPD um mehr Sicherheit. Sie übertreffen sich mit ständig neuen Forderungen. Sie wollen die Sicherheitsgesetze verschärfen, demokratische Rechte abbauen und den Geheimdiensten noch mehr Befugnisse übertragen, um die Bürger noch umfassender überwachen zu können. Die Erfahrungen zeigen, dass mehr Geld für die Geheimdienste nicht zu mehr Sicherheit geführt hat. Videoüberwachung kann Verbrechen nicht verhindern. Wir brauchen aber eine gut ausgestattete Polizei, die als Ansprechpartner für die BürgerInnen da sein muss.

9. Demokratie/ Toleranz

Kontingente und Obergrenzen sind nicht mit der Realität schutzsuchender Menschen vereinbar. Vielmehr muss alles dafür getan werden, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Voraussetzungen für eine notwendige Integration von Flüchtlingen zu schaffen. Hierzu ist das Erlernen der deutschen Sprache absolut notwendig und muss staatlich gefördert werden.

Die Ehe für alle war längst überfällig. Wer füreinander einsteht und Pflichten hat, soll auch das Recht haben, heiraten zu dürfen.

10. Nah am Bürger

Nach der Wahl werde ich mich als erstes bei den fleißigen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern bedanken. Ich bin als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Ansprechpartnerin für die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger. Dazu gehören natürlich auch alle Karlshorsterinnen und Karlshorster. Ob auf der Straße oder bei meinen Sprechstunden: es gilt; direkt gewählt, direkt erreichbar. Ich unterstütze unseren Bürgermeister Michael Grunst dabei, wenn es z.B. um mehr Schulplätze in Karlshorst oder den dringend benötigten Sportplatz geht.